

Weltpolitik im Zeichen des Kalten Krieges

Die globale Auseinandersetzung zwischen der kapitalistisch-freiheitlichen und der kommunistischen Welt wurde vor allem auf der ideologisch-propagandistischen Seite geführt, während bewaffnete Konflikte im Bewusstsein der unabsehbaren Konsequenzen klein gehalten wurden. Der Korea-Krieg als der erste bewaffnete Konflikt blieb daher, bis auf den Vietnamkrieg der USA, auch der letzte.

In der Berlin-Krise 1958 - 1961 und in der Kuba-Krise 1962 ließen die Großmächte ihre Muskeln spielen, ohne allerdings das Gleichgewicht durch unüberlegte Aktionen zu stören.

Der Korea-Krieg¹

Zu Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR kam es auch über die politische Zukunft Koreas. 1910 war das Land von Japan im Zuge seiner ostasiatischen Expansionspolitik annektiert und 1945 im Norden von der Sowjetarmee und im Süden von der US-Armee besetzt worden. Die Entwicklung verlief analog zu der in Europa, indem die Sowjetunion im Bereich ihrer Besatzungstruppen zur Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen am 8. Mai 1945 eine kommunistisch geführte provisorische Regierung einsetzte. Nachdem die Unmöglichkeit, auch in Korea die politische Einheit des Landes zu verwirklichen, offenbar geworden war, wurden am 15. August in Südkorea und am 9. September 1948 in Nordkorea jeweils ein Staat in enger Anlehnung an das System der USA bzw. der Sowjetunion gegründet. Ende 1948 zog die UdSSR, am 29. Juni 1949 die USA ihre Truppen aus Südkorea ab, beide beließen nur Militärberater im Land.

Bereits mit dem amerikanischen Truppenabzug aber wurden in Moskau Pläne zur militärischen Einnahme Südkoreas diskutiert, und schließlich gab Stalin am 30. Januar 1950 dem nordkoreanischen Führer Kim Il Sung grünes Licht zum Angriff auf Südkorea, ohne

¹ Sammlung von Dokumenten bei Cold War International History Project.
Virtual Archive Collection : New Evidence on the Korean War.
http://wwics.si.edu/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=library.Collection&class=New%20Evidence%20on%20the%20Korean%20War

jedoch Mao Tse Dong in diese Pläne einzuweißen². Am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Streitkräfte die Demarkationslinie am 38. Breitengrad und konnten bis Juli fast die gesamte Südküste Koreas erreichen. Bereits zwei Tage nach Ausbruch der Kämpfe begannen die USA, Südkorea durch Luft- und Seestreitkräfte zu unterstützen. Nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schon am 25. Juni die konfliktparteien zur Einstellung der Kämpfe aufgefordert hatte, erteilte er am 7. Juli schließlich das Mandat zur militärischen Gewalt gegen Nordkorea und übergab den USA den Oberbefehl über die UN-Truppen. Die US-Luftwaffe konnte zwar schon Ende Juli die Lufthoheit gewinnen, ein wirkungsvoller Gegenangriff der UN-Truppen setzte allerdings erst am 15. September ein. Bis zum November 1950 konnte so die Frontlinie bis fast an die chinesische Grenze vorgetrieben werden. Daraufhin schickte die chinesische Führung 300000 „Freiwillige“ aus China nach Nordkorea, in der festen Absicht allerdings, nur die nordkoreanische Einflusszone zu sichern. Die von den USA geführten UN-Truppen ganz aus Korea zu vertreiben hätte das Risiko eines unmittelbaren chinesisch-amerikanischen Krieges mit unabsehbaren Folgen für die Entwicklung Chinas und die Stabilität der ganzen Region nach sich gezogen³. Die US-Armee wurde wieder nach Süden gedrängt und die Front bis zum Sommer 1951 in der Nähe der alten Demarkationslinie stabilisiert.

Schon am 30. November 1950 hatte Präsident Truman gedroht, die USA würden „jede Waffe in ihrem Arsenal einsetzen um die Chinesen zurückzuhalten“, am 10. März 1951 forderte dann General MacArthur angesichts eines sowjetischen und chinesischen Truppenaufmarsches, die Voraussetzungen für einen massiven Atomschlag gegen China zu schaffen. Obwohl die technischen Voraussetzungen für den Atomschlag weiter getroffen wurden, entließ Truman General MacArthur, weil dieser entgegen Trumans Anweisungen den Krieg nach China hineinragen wollte.⁴

² New Evidence on the Korean War Stalin, Mao, Kim And Korean War Origins, 1950: A Russian Documentary Discrepancy, by Dieter Heinzig http://wwics.si.edu/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=library.document&id=353

³ Über die chinesische Entscheidung, den Konflikt nicht eskalieren zu lassen The Discrepancy Between The Russian And Chinese Versions Of Mao's 2 October 1950 Message To Stalin On Chinese Entry Into The Korean War: A Chinese Scholar's Reply. By Shen Zhihua, translated by Chen Jian. http://wwics.si.edu/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=library.document&id=20

⁴ Bruce Cumings, Norman and Edna Freehling in Microsoft Encarta http://encarta.msn.com/text_761559607___12/Korean_War.html

Am 10. Juli 1951 wurden Waffenstillstandsverhandlungen aufgenommen, die, bei einer zeitweiligen Wiederaufnahme der Kämpfe, nach über 2 Jahren zum Abkommen von Panmunjom (27. Juli 1953) führten. Dieses Abkommen legte die Grenze in der Nähe des 38. Breitengrades fest, schuf eine entmilitarisierte Zone zwischen beiden Staaten und setzte eine neutrale Überwachungskommission ein.

NATO und Warschauer Pakt

Gingen die Staaten Westeuropas noch 1947 davon aus, daß vor allem von Deutschland ein künftige Gefährdung der Sicherheit in Europa ausgehen könne, schlossen sie im März 1947 als Abwehr einer neuen Bedrohung durch ein wiedererstarktes Deutschland den Vertrag von Dünkirchen. Allerdings zeigte die Entwicklung im Alliierten Kontrollrat und um Berlin, sowie der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei am 22. Februar des folgenden Jahres, daß eine Bedrohung eher von der Sowjetunion ausgehen würde. In der sicheren Gewißheit, daß nur eine Anlehnung an die Militärmacht der USA ein wirksames Gegengewicht schaffen könne, äußerten die westeuropäischen Staaten den Wunsch nach einer Einbeziehung der USA in die Verteidigung des Westens.

Erst die sog. *Vandenberg-Resolution*, mit der der Senat im Juni 1948 die Teilnahme der USA an regionalen Bündnissen, die der Sicherheit der USA dienen, erlaubte⁵, bereitete hier den Boden für Verhandlungen. Problematisch für die USA war jedoch, dass die Europäer eine automatische Beistandsgarantie forderten, die das alleinige Recht des Kongresses, über Krieg und Frieden zu entscheiden, verletzt hätte. Das Vertragsgebiet wollten die USA allerdings auf Nord- und Südeuropa ausgeweitet sehen, während die europäischen Verhandlungspartner, die Staaten des 1948 abgeschlossenen Brüsseler Paktes⁶, es auf Mitteleuropa beschränkt wissen wollten.

Am 4. April 1949 wurde der **Nordatlantikvertrag** zur Gründung der „*North Atlantic Treaty Organization*“ (*NATO*) unterzeichnet⁷. Darin

⁵ <http://www.yale.edu/lawweb/avalon/decade/decad040.htm>,
<http://www.pronato.com/NATreaty/vandy.res.htm> und
<http://www.nato.int/docu/basicxt/b480611a.htm>

⁶ Brüsseler Vertrag, 17. März 1948:
<http://www.nato.int/docu/basicxt/b480317a.htm>

⁷ Engl. Text <http://www.nato.int/docu/basicxt/treaty.htm>, deutsch
<http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm>

wurde als Ziel des Bündnisses festgelegt, die „*Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen*“. Die Vertragspartner verpflichteten sich, „*jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege ... zu regeln*“. Der militärische Aspekt des Vertrages galt allein der Abwehr eines bewaffneten Angriffs „*gegen einen oder mehrere von ihnen*“, der „*als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden*“ solle.

Mit dem Ausbruch des Koreakrieges allerdings verstärkten auch die USA ihre Rüstungsanstrengungen. Der Angriff Nordkoreas, hinter dem die sowjetische Unterstützung ausgemacht wurde, konnte als Testfall gesehen werden, wie der Westen auf eine kommunistische Aggression reagieren würde. Folglich waren die nächsten Ziele einer vermuteten weiteren Aggression zu schützen: Taiwan, Französisch-Indochina, schließlich Westeuropa.

Um Deutschland in die Verteidigung Westeuropas einzubinden, wurde der Plan einer *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* erörtert, der aber am Einspruch der französischen Nationalversammlung gegen eine so weit reichende Aufgabe französischer Souveränitätsrechte scheiterte. Für Stalin war dieses Thema so brisant, dass er versuchte, Deutschland durch das in der Stalin-Note von 1952 ausgesprochene Angebot zur Wiedervereinigung aus dieser Allianz herauszubrechen.

Das Konzept einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO allerdings stieß auf Sicherheitsbedenken Frankreichs, das die deutsche Wiederbewaffnung allein durch die NATO zu wenig kontrolliert sah. Daher wurde auf britischen Vorschlag hin der 1948 gegründete Brüssler Pakt um Italien und die Bundesrepublik erweitert und konnte damit diese Länder den darin enthaltenen Rüstungskontrollinstrumenten unterwerfen. Die damit im Oktober 1954 im Zusammenhang mit den Pariser Verträgen gebildete *Westeuropäische Union (WEU)* stellt einen kollektiven Beistandspakt innerhalb der NATO dar und ist militärisch mit der NATO, politisch mit dem Europarat verflochten. Sie unterscheidet sich vom Nordatlantikvertrag insbesondere durch die in Art. V festgelegte automatische Beistandspflicht unter den Vertragspartnern, die der NATO-Vertrag (aus Bedenken der USA heraus) so nicht kennt. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des WEU-Vertrags waren die Protokolle über Rüstungsbeschränkungen und Höchststärken der Streitkräfte, die sich zunächst hauptsächlich gegen die Bundesrepublik richteten, aber nach mehreren Zwischenschritten 1984 vollständig aufgehoben wurden. Die hauptsächlichen Organe der WEU sind der

Ministerrat, dem die Außen- und (seit 1984) die Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten angehören, und die WEU-Versammlung aus 89 Vertretern der Mitgliedsstaaten bei der beratenden Versammlung des Europarates.

Die politische und militärische Antwort der Sowjetunion auf WEU und NATO bestand in einem östlichen Gegenbündnis, das im Mai 1956 in Warschau als „*Warschauer Vertragsorganisation*“ oder *Warschauer Pakt* gegründet wurde. Sie faßte die seit 1948 bestehenden zweiseitigen Verträge (über „*Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen militärischen Beistand*“) mit der Sowjetunion zusammen und schuf ein gemeinsames Kommando der verbündeten Streitkräfte. Die Staaten Ostmitteleuropas wurden dadurch formell zu gleichwertigen Verbündeten der Sowjetunion aufgewertet. Das Vertragssystem, dessen Basis 21 bilaterale Abkommen bilden, wurde im April 1985 um 20 Jahre verlängert und erhielt durch den 27. Parteitag der KPdSU 1986 ein revidiertes Programm. Im Zug der Umwälzungen im östlichen Mitteleuropa 1989/90 löste sich der Warschauer Pakt zunächst faktisch, zum 1. April 1991 dann auch formell auf.

Der wesentliche Unterschied zur NATO besteht darin, daß der Warschauer Pakt als ein Instrument zur Sicherung der Machtverhältnisse angesehen wurde. Die Sowjetunion nahm einerseits ein Notstandsrecht für sich in Anspruch, andererseits verpflichtete sie ihre Bündnispartner, dafür zu sorgen, daß ihre Verteidigungsfähigkeit nicht durch eine „Konterrevolution“ gefährdet würde. Zentraler Bestandteil der zweiseitigen Bündnisverträge war daher die Verpflichtung zum Schutz oder zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften. Der Grad der Einbindung war bei der DDR und der Tschechoslowakei am höchsten, bei Rumänien, das sich in allen Verträgen lediglich auf die gemeinsame Abwehr eines Angriffs verpflichten ließ, am geringsten. Ungarn, das sich gegenüber der UdSSR und der DDR nur zu einer gemeinsamen Außenpolitik verpflichtete, und Polen nahmen eine mittlere Stellung ein.

Die Militärstrategie der NATO beruht prinzipiell auf dem Gedanken der Abschreckung, wonach ein eventueller Angreifer nicht im Unklaren über eine entschlossene Abwehr bleiben kann. Zwischen 1957 und 1968 galt die Strategie der „*Massive Retaliation*“ (massive Vergeltung), die den konventionellen Vorteil der Sowjetunion und ihrer Verbündeten durch sofortigen Einsatz von Atomwaffen kompensieren sollte. Am Ende der 60er Jahre verfeinerte sich die Strategie zur „*Flexible Response*“ (flexible Antwort), die Möglichkeiten der Abwehr eines Angriffs von der konventionellen

„Direktverteidigung“ bis hin zum generellen Einsatz von Nuklearwaffen, daneben aber auf jeder Stufe die Möglichkeit zur sofortigen Deeskalation vorsah. Alle Strategien aber beruhten auf der Voraussetzung, daß selbst bei einem atomaren Schlagabtausch das eigene Überleben gesichert geblieben wäre – eine Kalkulation, die sich im Lauf der 80er Jahre zunehmend als Illusion erwiesen hat.

Der Warschauer Pakt hat durch den Niedergang des sozialistischen Systems seine militärische Bedeutung zum 1. 4. 1991 aufgegeben und sollte dann lediglich ein loses Band um seine Mitgliedsstaaten bilden. Die Aussicht, dass er – wie auch die NATO – sich in der Folgezeit zu einem politischen Bündnis hätte wandeln können, das geeignet war, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu befriedigen, hat sich nicht erfüllt. Die ehemals in die politische und militärische Dominanz der Sowjetunion eingebundenen Staaten des östlichen Mitteleuropa traten 2001 in die NATO und 2004 in die Europäische Union ein.

Das atomare Patt

Nach dem ersten erfolgreichen Atombombentest und dem Einsatz dieser Waffe in Japan 1945 hatten die USA einen waffentechnischen Vorsprung gegenüber der Sowjetunion, auf den sie sich für den Fall einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten verlassen konnten. Im September 1949 erreichten jedoch Meldungen von sowjetischen Atomwaffenversuchen die Weltöffentlichkeit. Der Vorsprung war einem atomaren Patt gewichen.

Ende Januar 1950 gab Truman den Auftrag zur Entwicklung der nächsten Generation atomarer Waffen, der Wasserstoffbombe. Sie wurde erstmals am 1. November 1952 auf dem Eniwek-Atoll im Pazifik gezündet. Der wieder erreichte Vorsprung hielt aber nur bis zum 20. August 1953, als die UdSSR die Zündung einer eigenen Wasserstoffbombe bekanntgab.

Mit dem „atomaren Patt“ hatten beide Weltmächte nun die Mittel in der Hand, nicht nur sich gegenseitig, sondern auch den Rest der Welt zu vernichten. Die strategische Planung mußte im Lauf der Zeit immer stärker die Voraussetzung schaffen, in einem atomaren Erstschlag die Möglichkeit des Gegners zu einem atomaren Zurückschlagen zu vernichten. Erst im Lauf der 70er Jahre sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, daß jeder atomare Schlag durch seine mittelbaren und unmittelbaren Folgen die Frage nach Erst- oder Zweitschlag ad absurdum führen würde.

Zunächst jedoch war das Konzept des **atomaren Vernichtungsschlages** (*Massive Retaliation*) offizielle strategische Doktrin der USA. Sie geht zurück auf Außenminister John Foster Dulles, der sie 1954 an die Stelle der Trumanschen Politik des Containment, der Eindämmung des kommunistischen Einflusses, setzte. Technisch möglich wurde diese Doktrin durch die Entwicklung taktischer Atomwaffen und den Aufbau einer strategischen Atombomberflotte. Im folgenden Jahr schrieb der britische Physiker Cecil F. Powell, daß die USA über 4000 und die UdSSR über 1000 Atombomben verfügten.

Parallel zur Strategie der Abschreckung verliefen Versuche, besonders nach dem Tod Stalins 1953, die politische Lage durch direkte Gespräche zu entschärfen. So kam es im Juli 1955 in Genf zu einer Gipfelkonferenz der vier ehemaligen Alliierten. Die Konferenz brachte zwar keine konkreten Ergebnisse, auch nicht in der Deutschland-Frage, ließ aber den Wunsch beider Seiten erkennen, Konfrontationen zu vermeiden und die Gegenätze zu einer Annäherung zu bringen.

Diese Politik der Annäherung zeigte erste Erfolge, als im Konflikt um den Suez-Kanal 1956 Israel, Frankreich und Großbritannien Ägypten angriffen, dessen Präsident Nasser mit der Enteignung der französischen und britischen Anteile den Kanal verstaatlicht hatte. Die USA übten Druck auf ihre Verbündeten aus, die Sowjetunion drohte mit dem Einsatz von Atomwaffen, aber es blieb bei Drohungen, die Interventen mußten sich zurückziehen. Gegenseitige Abkommen über einen Stop der Atombombenversuche, erstmals im Sommer 1957 vorgeschlagen, scheiterten aber, wie noch lange Zeit danach, an sowjetischen Einwänden gegenüber der Kontrolle solcher Vereinbarungen.

Der Wettlauf zwischen den Supermächten verlagerte sich inzwischen teilweise in den Weltraum, wo die Sowjetunion mit dem Start des ersten Satelliten Sputnik I am 4. Oktober 1957 ihren technologischen Vorsprung vor den USA dokumentierten. Diese zogen jedoch schon am 31. Januar 1958 mit dem Start des Satelliten Explorer I nach.

Stalins Tod und der Kurswechsel in der UdSSR

Nachdem Stalin am 5. März 1953 (dies ist das offizielle Todesdatum) einem Schlaganfall erlegen war, wurde auf Beschluss von Zentralkomitee, Ministerrat und Oberstem Sowjet das Prinzip der kollektiven Führung, das auch schon Stalins Alleinherrschaft vorausgegangen war, wieder belebt. Aus der Troika Malenkov, Berija

und Chruschtschow ging letzterer schon bald in seinem Amt als Generalsekretär der Partei als neuer „starker Mann“ hervor. Ab 1955 regierte Chruschtschow zusammen mit Georgi Malenkow, dann mit Nikolai Bulganin als Ministerpräsident die Sowjetunion, 1958 vereinigte er beide Ämter in seiner Person.

Die neue Führung trat unter dem Versprechen an, die von Stalin verfolgte Politik der Begünstigung der Schwerindustrie zugunsten einer Erhöhung der Konsumgüterproduktion aufzugeben und damit den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Im außenpolitischen Bereich standen die Zeichen auf friedlicher Koexistenz mit dem Westen, um die Spannungen des Kalten Krieges abzubauen. Die Satellitenstaaten des Ostblocks schienen die Möglichkeit zu haben, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu verfolgen. Der Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR traf aber auf eine in sich noch nicht wieder gefestigte Sowjetunion und wurde deshalb mit sowjetischen Panzern niedergewalzt.

Im Mittelpunkt der innenpolitischen Bemühungen stand die „Entstalinisierung“, die Abrechnung mit dem Personenkult um Stalin und mit seiner Diktatur. Auf dem XX. Parteikongreß der KPdSU vom 14. bis 25. 2. 1956 enthüllte Chruschtschow in einer Geheimrede das Wesen der stalinistischen Diktatur als das Terrorregime eines Größenwahnsinnigen und wies die Fehler und Irrtümer des Diktators nach. Chruschtschows Absicht bestand aber lediglich in einer Aussöhnung mit denjenigen gesellschaftlichen Gruppen der Sowjetunion, die Stalins Diktatur vom Staat entfremdet hatte. In seiner Berufung auf die Prinzipien des Leninismus machte er klar, daß allein die „Auswüchse“ der Diktatur, nicht das System selbst, zu beseitigen waren.

Dem Wechsel in der Sowjetunion entsprach ein Wechsel in Weißen Haus, wo 1953 der Republikaner Dwight D. Eisenhower, alliierter Oberbefehlshaber im Krieg, dann NATO-Oberbefehlshaber, den Demokraten Harry S. Truman ablöste. Vorschnell geweckte Hoffnungen wurden allerdings enttäuscht, da weder die Berliner Konferenz der Außenminister der vier Alliierten vom 25. 1. bis 18. 2. 1954 über Deutschland noch die Genfer Doppelkonferenz vom 26. 4. bis 15. 6. 1954 über Korea und Indochina entscheidende Durchbrüche brachten. Als Fortschritt war doch zu werten, daß man überhaupt miteinander sprach.

Hintergrund dieser Konferenz war der erste Indochinakrieg, der ausbrach, nachdem die japanischen Besatzungstruppen 1945 abgezogen waren und die französische Kolonialmacht ihre Herrschaft gegen die Freiheitsbestrebungen der Viet Minh

durchsetzen wollte. Anfängliche Reibereien mit Rebellen Gruppen hatten sich zum offenen Kampf gesteigert, besonders als mit dem Sieg Mao Tse-tungs in China die kommunistischen Vietminh unter Ho-Chi-minh offen unterstützt wurden. Dieser hatte wenige Monate nach Kriegsende am 2. September 1945 die "Demokratische Republik Vietnam" ausgerufen, mit der dann Frankreich am 6. März 1946 in Hanoi ein Vertragsverhältnis über die Zukunft des Landes innerhalb der Französischen Union schloss. Dessen ungeachtet proklamierte der französische Gouverneur Südvietsams am 1. Juni 1946 die selbständige Republik Cochinchina, bestehend aus Südvietsam, Laos und Kambodscha. Die französischen Truppen, die nach dem Vertrag von Hanoi noch im Norden standen, waren letztlich den Vietnamesen unterlegen und verloren am 7. 5. 1954 die letzte Festung Dien-Bien-Phu. Ein Eingreifen der USA wurde zwar diskutiert, von Präsident Eisenhower aber abgelehnt. Das Ergebnis der daraufhin nach Genf einberufenen Indochina-Konferenz bestand in einem Kompromiss: Der Norden Vietnams wurde zwar unter der Herrschaft der Viet Minh souverän, aber der Status quo wurde vorläufig mit einer Teilung des Landes in Interessensphären festgeschrieben. Allerdings sollten 1956 schon Wahlen in ganz Vietnam stattfinden. Laos und Kambodscha erreichten als Pufferstaaten ebenfalls die Selbständigkeit.⁸

Für diese Wahlen erschienen sowohl den Vietnamesen im Norden als auch den USA die Viet Minh die voraussichtlichen Sieger, eine Wiedervereinigung Vietnams unter kommunistischer Herrschaft war also abzusehen. Im Sinn der antikommunistischen Containment-Politik war also eine Unterstützung der Südvietsamesen und ein Bruch des Genfer Abkommens notwendig. Sie unterstützten den Präsidenten Südvietsams, Ngo Dinh Diem, der die Forderung Nordvietsams nach allgemeinen Wahlen ablehnte. Der zweite Vietnamkrieg, den die USA mit der Kapitulation Saigons am 30.4.1975 verlieren sollte, begann.

Nachdem sich Chruschtschow als Partei- und Regierungschef durchgesetzt hatte (1958), ging auch das „Tauwetter“ in der Sowjetunion zu Ende, Chruschtschow setzte wieder innenpolitisch auf Straffung der Parteiarbeit, außenpolitisch auf militärische Macht. Deren äußeres Zeichen war die Wiederaufnahme von oberirdischen Kernwaffenversuchen (1961). Die kommende Verschärfung des Ost-West-Konflikts zeigte, daß die Annäherung nur eine vorübergehende Phase im Zug der Nachfolgefrage nach Stalins Tod war. Dennoch erhob der XXII. Parteikongreß 1961 das *„Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Ländern unterschiedlicher*

⁸ Alain Ruscio: Wenn die Perlenschnur reißt. Dien Bien Phu – Signal der Befreiung. Le Monde diplomatique, 9.7.2004: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/07/09.mondeText.artikel.a0061.idx.16>

Gesellschaftsordnung“ zur außenpolitischen Leitlinie und erklärte dieses Prinzip als „*Grundlage des friedlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im internationalen Maßstab*“ zu einer „*spezifischen Form des Klassenkampfes*“. Die Zeit Nikita Chruschtschows ist also von einem Nebeneinander von Entspannungspolitik und einer entschlossenen Haltung in der Festigung und im Ausbau eigener Positionen gekennzeichnet. Aus dieser Zwiespältigkeit resultieren die beiden großen Krisen seiner Amtszeit, die Berlin- und die Kuba-Krise.

Die Berlin-Krise 1958 - 1962

Im November 1958 erklärte die sowjetische Regierung, daß sie sich nicht mehr an die Viermächtevereinbarungen über Berlin gebunden fühle und neue Verhandlungen fordere. Sollten diese kein Ergebnis bringen, werde sie ihre Rechte an der Kontrolle der alliierten Zugangswege nach Berlin an die Regierung der DDR abtreten und mit dieser einen separaten Friedensvertrag abschließen⁹. Chruschtschow, Partei- und Regierungschef und starker Mann im Kreml, beabsichtigte allerdings nicht, die Drohung des Ultimatums wahr zu machen, sondern wollte eher seinen Mann in Ostberlin, Walter Ulbricht, stärken. Er brachte die Forderung nach einer Revision des Status der Stadt in den folgenden Jahren immer wieder auf die Tagesordnung der Politik, mußte sich jedoch angesichts sowohl der harten amerikanischen Haltung als auch des amerikanischen Verhandlungsgeschicks auf Drohungen beschränken.

Im Hintergrund der Berlin-Krise stand einerseits die besondere Rolle West-Berlins für amerikanische Politik, andererseits aber die Befürchtung, dass mit einem Verlust dieser Position das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westmächten sehr stark belastet, das Prestige der Sowjetunion gestärkt und den Beziehungen der USA zu Europa erheblicher Schaden zugefügt würde. Eine der tieferen Ursachen der Berlin-Krise liegt allerdings in der Rolle, die West-Berlin als Stachel im Fleisch der DDR spielte. West-Berlin war das offene Fluchttor, das Hunderttausende von hochqualifizierten Kräften genutzt wurde. Beobachtern war klar, dass sich die DDR mit einem kapitalistischen West-Berlin mit offenen Grenzen zur DDR nicht

⁹ Martin J. Hillenbrandt: Die Berlin Krise. (1958 - 1962): <http://usa.usembassy.de/etexts/ga5d-hillenbrandt.htm>. William Burr: U.S. Policy and the Berlin Crisis: An Overview. Digital national Security Archive <http://nsarchive.chadwyck.com/bcessayx.htm>. Foto-Archiv unter <http://nsarchive.chadwyck.com/bcphotox.htm>

würde stabilisieren können. Und eine instabile DDR würde auch den gesamten Sowjetblock destabilisieren¹⁰.

Akuter Anlass für Chruschtschow, die Initiative in der Deutschland-Frage zu ergreifen, waren die Pläne der NATO, die Bundesrepublik an der atomaren Bewaffung zu beteiligen. Das stellte für die Sowjetführung eine erhebliche Gefährdung der ohnehin prekären Lage der DDR und des SED-Regimes dar und vergrößerte in ihren Augen das Risiko einer westdeutschen Intervention in der DDR

Mit dem Abschuss eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges über der Sowjetunion erreichte dann im Mai 1960 der Kalte Krieg seinen Höhepunkt.

Im August 1961 schließlich riegelte die DDR die Sektorengrenze nach West-Berlin durch den Bau der Mauer ab. Die USA schickten zwar 1500 amerikanische Soldaten nach Berlin, griffen aber nicht ein, da nach ihrer Meinung mit einer Beschränkung der Aktion auf den Ostsektor der Stadt die Sicherheitsinteressen der Westalliierten nicht berührt waren. Gleichzeitig warf Chruschtschow die Frage nach dem Status Berlins und die Möglichkeit eines Separatfriedens erneut auf. Präsident Kennedy antwortete mit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 3,5 Milliarden Dollar. Die Berlin-Krise wurde beigelegt, als Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag erklärte, daß die Frage des Termins einer Einigung vor der Erklärung der prinzipiellen Bereitschaft zur Lösung zurücktreten könne.

Die Kuba-Krise 1962¹¹

Im August 1962 bestätigte Präsident Kennedy Berichte, wonach die Sowjetunion Waffen und Techniker nach Kuba brächten, wo nach der Revolution Fidel Castros 1960 sich für Moskau die Möglichkeit bot, in die lateinamerikanische Sphäre vorzustoßen. Noch wurde aber in den USA die Situation nicht für bedrohlich gehalten. Nachdem Aufklärungsflugzeuge den Beweis dafür lieferten, daß auf Kuba Raketenstationen errichtet wurden¹² und sowjetische Schiffe Raketen auf die Insel brachten, forderte Kennedy am 22. Oktober in einer

¹⁰ William Burr: U.S. Policy and the Berlin Crisis: An Overview. Digital national Security Archive <http://nsarchive.chadwyck.com/bcessayx.htm>, Anmerkung 21 und 22.

¹¹ Die folgenden Quellen aus dem National Security Archive, George Washington University zum Anlass des 40. Jahrestags der Kuba-Krise http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/index.htm

¹² Bilder unter http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/photos.htm

Fernsehansprache an die Weltöffentlichkeit¹³ den Abbau der Raketenbasen und verhängte eine „Quarantäne“ für alle Waffenlieferungen nach Kuba. Die USA, die UdSSR und Kuba mobilisierten ihre Streitkräfte.

Am 25. Oktober hielten die Amerikaner das erste sowjetische Schiff an. Während es seine Fahrt fortsetzen durfte, da es nur Öl geladen hatte, drehten andere sowjetische Schiffe auf hoher See ab. Am nächsten Tag bot Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten an, die „*Notwendigkeit der Präsenz sowjetischer Militärspezialisten*“ würde entfallen, wenn die USA sich verpflichteten, nicht auf Kuba zu landen. Am nächsten Tag forderte er in einer zweiten Botschaft den Abbau der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei, die wiederum die türkische Regierung als unabdingbare Sicherung vor einem konventionellen oder atomaren Angriff der Sowjetunion ansah.

Der Abschuss eines unbemannten amerikanischen Aufklärungsflugzeugs über Kuba verschärfte die Krise weiter. Am Abend dieses 27. Oktober aber trafen sich Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten, und Sowjetbotschafter Dobrynin zu einer Unterredung mehr privaten Charakters und vereinbarten, dass die amerikanischen Raketenbasen in der Türkei, die formell der NATO ununterstanden, mittelfristig abgebaut würden, dass aber über diese Übereinkunft Stillschweigen gewahrt werden sollte¹⁴.

Während die USA in der Nacht zum 28. Oktober noch Reservisten der Luftlandetruppen einberiefen, reagierte Chruschtschow und übermittelte Kennedy sein Einverständnis¹⁵. Die Raketenstellungen wurden in der Folgezeit unter Aufsicht der UN abgebaut. Der Handel mit den amerikanischen Raketenstellungen in der Türkei blieb allerdings geheim und wurde selbst aus der Druckfassung der Memoiren Robert Kennedys entfernt¹⁶.

¹³ http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/621022%20Radio-TV%20Address%20of%20President.pdf

¹⁴ Darstellung und Dokumente unter http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/moment.htm. Dobrynins Telegramm nach Moskau http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/621027%20Dobrynin%20Cable%20to%20USSR.pdf

¹⁵ Chronologie der Ereignisse http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/621026_621115%20Chronology%201.pdf

¹⁶ Sorensen's "Confession": http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/moment.htm

Die Kuba-Krise, mit der die Welt am Rand eines Dritten Weltkrieges entlangschlitterte, und die herausfordernde Außenpolitik der UdSSR zwischen 1960 und 1962 scheinen darauf zurückzuführen zu sein, dass die Sowjetunion ihre eigenen Kräfte im Ost-West-Spannungsverhältnis überschätzte und die Stärke ihrer Raketenwaffe zu hoch veranschlagte. Im Oktober muß Chruschtschow zu einer richtigen Einschätzung der gewachsenen militärischen Stärke der USA sowie der Entschlußkraft Kennedys, der immerhin 23 Jahre jünger als Chruschtschow war, gekommen sein.

Der Wettlauf im All

Sowohl für die UdSSR als auch für die USA war nach dem atomaren Patt die Raumfahrt zum Prestigeobjekt geworden. Hier hatte die Sowjetunion eindeutige Erfolge zu verzeichnen: Der erste Satellit, „Sputnik“, umkreiste 1957 die Erde, die erste Rakete landete im September 1959 auf dem Mond, im Oktober desselben Jahres gelang es, die Rückseite des Mondes zu fotografieren. Im Mai 1960 umkreiste eine unbemannte sowjetische Rakete die Erde, im August 1960 starteten zwei Hunde, am 12. April 1961 schließlich der erste Mensch zu einem Raumflug. Auf der Basis dieser Erfolge kündigte Chruschtschow 1960 an, die Sowjetunion würde 1970 die Vereinigten Staaten in den Produktionsziffern überholen und das Land mit dem höchsten Lebensstandard der Welt werden. 1970 mußte dieser Zeitpunkt allerdings auf 1982 verschoben werden, heute sind derlei Ziele vollends illusorisch geworden.

Die USA starteten 1958 den Satelliten Explorer, auch im bemannten Raumflug konnten die USA erst mit einem Jahr Verspätung (Friendship III, 1962) gleichziehen. Die USA begannen allerdings schnell, die Raumfahrt für die Satellitentechnik, für Nachrichten- und Fernsehübertragung und für Überwachungssatelliten, zu nutzen. Während sich die Bemühungen der Sowjetunion in den folgenden Jahren vor allem auf den Ausbau bemannter Raumstationen richtete, landete mit dem Amerikaner Neil Armstrong am 21. 7. 1969 erstmals ein Mensch auf dem Mond.

Der Kalte Krieg – Willkür oder Notwendigkeit?

Will man den Kalten Krieg historisch einschätzen, muß man sich naturgemäß die Frage stellen, ob die Ost-West-Auseinandersetzung ein gewissermaßen historisch zwingender Konflikt war oder ob sich klar abgrenzbare Verantwortlichkeiten für seinen Ausbruch feststellen lassen.

Anfänglich vorgebrachte Deutungsmuster verwiesen dabei einerseits auf einen prinzipiell expansionistischen, also ideologisch-imperialistischen Grundzug der sowjetischen Außenpolitik, gegen den nur eine Politik der Härte und der festen Positionen helfen können. Insofern dieser sowjetische Expansionismus als reine Machtpolitik gesehen wird, ist er als Deutungsmuster des Kalten Krieges sicher zu kurz gegriffen.

Im Gegenzug dazu wurde auch auf Grundzüge des Imperialismus verwiesen, die die USA seit Beginn des Jahrhunderts dazu getrieben hätten, sich außerhalb ihres eigenen Kontinents zu engagieren, um soziale Konflikte im Innern zu vermeiden (Sozialimperialismus, Theorie des „Revisionismus“). Das Prinzip der liberalen Demokratie sei als Garant der kapitalistischen Ordnung notfalls mit Gewalt durchzusetzen gewesen. Die massive Stützung der westlich-demokratischen Ordnung habe also nur zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems und damit zur Sicherung der ökonomischen Interessen der USA gedient. Diese Politik habe im Vietnam-Engagement ihren letzten Höhepunkt gefunden. Parallel dazu mußte Stalins Politik als antikapitalistisch und antiimperialistisch gelten.

Dieser Interpretation stehen aber die anhaltenden Differenzen innerhalb der Vereinigten Staaten gegenüber, wo der mehrheitlich von den Republikanern beherrschte Kongreß sich sehr lange gegen eine Verwicklung in die europäischen Angelegenheiten sträubte und demgegenüber eine mehr isolationistische Politik verfolgte. Eine grundsätzlich imperialistische Massenbewegung in den USA wird man also mit Sicherheit nicht voraussetzen dürfen, die Frage ist, auf Grund welcher Entscheidungskriterien Truman zur Aufnahme seiner Containment-Politik gelangte.

Schließlich galt der Kalte Krieg auch als ein welthistorischer Konflikt zwischen dem Prinzip der Freiheit und dem des Totalitarismus, den die USA als Garant der freiheitlichen Ordnung austragen mußten. Auf die Antinomie der Prinzipien wird später noch einmal zurückzukommen sein; eine Interpretation, die den geschichtlichen Prozeß ausschließlich auf Prinzipien reduziert, kann aber selbstverständlich nicht genügen.

Die „Postrevisionisten“ suchten in diesem Widerstreit der Meinungen einen Ausgleich und verteilten die Schuld am Kalten Krieg gleichermaßen auf die USA und die Sowjetunion, da beide Mißverständnissen und Fehleinschätzungen erlegen seien.

Fest steht, daß es sich um den Zusammenprall zweier höchst unterschiedlicher Gesellschaftssysteme handelt, das jedes für sich den missionarischen Ehrgeiz hatte, der Menschheit das Beste zu bringen. Für die Sowjetunion war das die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und die Befreiung des Menschen in der proletarischen Weltrevolution, für die USA die Verwirklichung der Ziele von Freiheit unter den Völkern und den Menschen, Ziele, die schon für die Loslösung vom britischen Mutterland 1776 verantwortlich waren und die auch 1917 beim Eintritt in den Ersten Weltkrieg und 1941 in der Atlantik-Charta vor dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg verkündet wurden.

Fest steht auch, daß dieser Zusammenstoß in dem Moment unausweichlich war, in dem die USA die Errichtung einer zweiten Front gegen Deutschland im Westen Europas beschlossen. Daß der Ort dieses Zusammenstoßes mitten in Deutschland liegen mußte, ergab sich zwingend aus der Notwendigkeit, mit der Landung in der Normandie abzuwarten, bis die britischen Kräfte für dieses Unternehmen stark genug waren. Mit einem Landungstermin im Sommer 1944 konnte die US-Armee sich nur soweit vorkämpfen, daß sie mit der Roten Armee mitten in Deutschland zusammentreffen mußte. Daß dann die einzige Möglichkeit, den Vormarsch zu beschleunigen, nämlich die Öffnung der Westfront nach einem gelungenen Putsch gegen Hitler (20. Juli 1944), durch das Mißlingen des Attentats verbaut war, kann aus westlicher Sicht nur als Tragik der Geschichte gesehen werden.

Daß aber dieser Zusammenstoß kein freundschaftliches Treffen der Siegermächte blieb, als das es noch in Torgau an der Elbe gefeiert wurde, sondern nach kurzer Zeit wirklich zum Zusammenprall wurde, lag unter anderem an den unterschiedlichen Intentionen, mit denen dieser Sieg über Hitlerdeutschland begleitet wurde. Generell kann an dieser Stelle bereits darauf verwiesen werden, daß die Gegnerschaft gegen Hitler-Deutschland das einzige Verbindende in dieser Zweck-Koalition war, tiefergehende Übereinstimmungen in Ansichten oder gar Zielen bestanden nicht. Die Frage, was aus dieser Koalition würde, wenn Hitler-Deutschland niedergeworfen sein würde, mußte sich also prinzipiell stellen. Sie stand von vorneherein unter dem Eindruck der Tatsache, daß die Sowjetunion Stalins zwangsläufig als stärkste Militärmacht des Kontinents aus dem Krieg hervorgehen mußte.

Großbritannien war unter anderem für Polen in den Krieg gegen Hitler gezogen, und alles, was mit Polen geschah, mußte unter dem Blickwinkel dieser Verpflichtung gesehen werden. Daneben ging es der britischen Regierung aber anfangs auch – und grundsätzlich – um

die Wiederherstellung einer stabilen Friedensordnung, auf der sich das britische Kalkül der Politik aufbauen ließ. Hatte dem Flottenvertrag von 1936 mit Hitler noch das oft zitierte Prinzip der „Balance of Power“ zu Grunde gelegen, nach dem keine kontinentale Macht so stark werden sollte, daß sie die britische Stellung ernsthaft hätte gefährden können, ging die britische Politik seit den letzten Kriegsjahren eher von der Idee aus, die Macht in Europa vertrauensvoll mit der Sowjetunion zu teilen.

Der deutsche Überfall auf Polen, auf die skandinavischen Länder, auf die Niederlande, Belgien und schließlich auf Frankreich und die verbrecherische Ideologie der Nationalsozialisten verboten es von selbst, daß England mit Deutschland gemeinsame Sache machte. Hitler sah das und versuchte, England in die Knie zu zwingen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion war das deutsche Unternehmen zum Scheitern verurteilt, da es schlichtweg undenkbar war, daß die Sowjetunion sich der deutschen Lebensraumpolitik untergeordnet hätte. Die gescheiterte Belagerung von Leningrad (St. Petersburg), der fehlgeschlagene Sturm auf Moskau, der gescheiterte Kampf um Stalingrad markierten hier die Wendepunkte, an dem – jeweils einzeln und wie viel mehr noch nach allen dreien – der Krieg eigentlich hätte aufgegeben werden müssen.¹⁷ Die Sowjetunion mußte also an der Seite Englands als Sieger aus diesem Ringen hervorgehen, als eine Macht, die in diesem Kampf ungeheuer an Macht gewinnen würde, mochte sie auch im Krieg selbst noch so sehr leiden.

Es scheint nun ein Gesetz der Weltgeschichte zu sein, daß zwei Großmächte nicht in einen gemeinsamen politischen Rahmen passen, das war zwischen Athen und Sparta so, zwischen Rom und Karthago, zwischen Kaiser und Papst, zwischen Frankreich und Habsburg, zwischen Preußen und Österreich und schließlich zwischen Deutschland und Frankreich. Und wenn es kein Gesetz der Weltgeschichte ist, dann hat die Weltgeschichte noch nicht den Gegenbeweis angetreten. Der Grund dafür mag im Wesen der Menschen, besonders im Wesen der führenden Staatsmänner liegen und psychologisch erklärbar sein, der Grund dafür mag in der sehr simplen Frage liegen, wie Macht erworben und gesichert wird. Dass damit zwischenstaatliche Konflikte als naturgegeben hingestellt werden, soll nicht gemeint sein.

Stalin und Churchill als Exponenten ihres Systems prallten also aufeinander, Roosevelt, der dritte im Bunde, stand zunächst abseits

¹⁷ <hier Rez. einfügen>

und versuchte zu vermitteln. Gerade die Konferenz von Jalta zeigt das deutlich.

Wendet man das Augenmerk nun Stalin zu, dann erkennt man in ihm zunächst natürlich den Diktator, der innerhalb kurzer Zeit alle Fäden innerhalb der Kommunistischen Partei seines Landes selbst in die Hand nahm und die Partei streng auf sich selbst ausrichtete. Für die Vollendung der Bolschewistischen Revolution, d.h. für die Industrialisierung, die die Sowjetunion in die Spitzengruppe der Industriestaaten bringen sollte, war er ohne weiteres bereit, Millionen Menschen zu opfern. Die Säuberungsaktionen in Partei und Armee während der 30er Jahre schwächten den Staat so weit, daß sich eine aggressive Außenpolitik auf breiter Front von selbst verbot. Die Belege für eine solche Außenpolitik sind spärlich, aber sie sind vorhanden: Gemeinsame Politik mit Deutschland in den 20er Jahren gegen Polen, Ostpaktspolitik der späten 20er Jahre, die die Staaten Ostmitteleuropas in ein Vertragssystem zusammen mit der Sowjetunion einband und sie wohl auch bald nach Moskau ausrichten sollte, die Intervention in der Mandschurei 1929 mit der kräftigen Unterstützung der chinesischen Kommunisten ab 1931. Auslösender Faktor für den Durchbruch der Machtpolitik waren dann aber die Erfolge der Roten Armee nach Stalingrad.

Aber schon die forcierte Industrialisierung, die die Zeit der NEP mit ihren kapitalistischen Zügen ablöste, hatte einen Aspekt, der sich auch aus den Nachkriegsereignissen herauslesen läßt: Das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, das Bestreben, gegen alle Angriffe, vor allem natürlich der kapitalistischen Welt, gerüstet zu sein. Verbunden damit – und das ist der zweite Aspekt der Industrialisierungskampagne – ist das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, nach Eigenständigkeit, die die Sowjetunion auch aus der Erpressbarkeit herausführen würde. Das sozialistische Vaterland der Werktätigen mußte natürlich ein starker, unangreifbarer Staat sein.

Für dieses Sicherheitbedürfnis gab es auch historische Gründe: Karl XII. von Schweden führte 1708 seine Truppen tief nach Rußland hinein, Napoleon zog 1812 nach Moskau, deutsche Armeen drangen 1918 tief in die Ukraine ein, ausländische Interventionstruppen gefährdeten im Bürgerkrieg den Bestand der Revolution. Das war die Ausgangslage, als Stalin die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung der Sowjetunion vorantrieb. Daneben drohte natürlich die akute Intervention kapitalistischer und imperialistischer Mächte, drohte die Verstrickung in Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischen Mächten, die die Sowjetunion so weit schwächen

konnten, daß ihre Widerstandskraft nicht mehr für die Abwehr der dann befürchteten Aggression ausreichte.

Dazu kam das für die Sowjetunion im Grunde demütigende System des „Cordon sanitaire“, den Frankreich und Großbritannien im System der Pariser Friedensverträge von 1919 im östlichen Mitteleuropa aufgerichtet hatten. Aber auch dieser Gürtel konnte die Interessenkoalition zwischen Deutschland und der UdSSR nicht verhindern.

Diese Verstrickung der Sowjetunion in einen Weltkrieg, als Kanonenfutter der Imperialisten, verhindert zu haben, noch dazu zu einem Zeitpunkt, in dem die Rote Armee einer solchen Auseinandersetzung nicht gewachsen war, war in der Tat das Verdienst Stalins beim Abschluß des Nichtangriffspaktes am 23. 8. 1939 mit Hitler. Dass ihm damit gleichzeitig halb Ost-Mitteleuropa inden Schoß gelegt wurde, überraschte ihn zwar, brachte ihn aber nicht in ernsthafte Schwierigkeiten. Dennoch führte auch Hitler seine Armeen wieder tief in russisches Land hinein und brachte das russische Vaterland wieder in ernste Gefahr – das russische Vaterland, das eben von Stalin zur Durchsetzung des Parteizentralismus mobilisiert worden war.

Stalin hatte also die Erfahrung gemacht, daß es nicht ausreichte, die Sowjetunion selbst zu stärken, der Cordon sanitaire, den die Ententemächte nach dem Ersten Weltkrieg um die bolschewistische Sowjetunion gelegt hatten, um sie einzudämmen, mußte unter dem Vorzeichen dieser Politik umgedreht werden, mußte zum Vorfeld, zum Glacis sowjetischen Sicherheitsdenkens werden. Auch das antike Rom hatte aus der schmerzvollen Erfahrung des Galliersturms von 387 v. Chr. heraus viel Energie darauf verwandt, alles an den Grenzen zu „befrieden“, was auch nur den Anschein einer Gefährdung der römischen Zivilisation erwecken mochte.

Die Durchsetzung der stalinistischen Diktatur eröffnet aber noch einen weiteren Aspekt der Interpretation: Das Konzept der Industrialisierung der Sowjetunion mußte von der Gruppe um Stalin gegen innerparteiliche Opposition durchgesetzt werden. Das gelang, indem diese Opponenten als „Rechtsabweichler“ bezeichnet und dadurch ideologisch diffamiert wurden. Das auf diese Weise aufgebaute Feindbild diente der inneren Stabilisierung von Stalins Parteiherrschaft. Wenn aber eine Feindstereotype ein wesentliches Strukturmerkmal des Systems darstellt, dann kann im außenpolitischen Bereich nicht plötzlich auf Kooperation und konstruktive Auseinandersetzung umgeschwenkt werden.

Ist also insofern der Kalte Krieg aus dem System der stalinistischen Diktatur erwachsen, muß man nach den Elementen der Persönlichkeit Stalins fragen, die seine Person in dieser besonderen Situation zu ausgerechnet dieser Politik gebracht haben. Die moderne Psychoanalyse hat hier zwar für die Interpretation Hitlers große Fortschritte gebracht, aber eine Untersuchung Stalins steht noch aus.

Unter diesen Prämissen sowjetischer Politik hätte es eines großen Maßes an Toleranz und Altruismus bei Churchill bedurft, um die Schaffung dieses Glacis im Einflußbereich der siegreichen Roten Armee widerspruchslos hinzunehmen. Stalin war mißtrauisch gegenüber der alliierten Politik, da er die Begründung für den Aufschub in den Landeplänen der Verbündeten nicht akzeptierte, sondern diesen Aufschub als einen Versuch ansah, die Sowjetunion im Kampf gegen Deutschland ausbluten zu lassen.

Churchill hatte jedoch in der Kriegskoalition Stalin einen sehr großen Vertrauensvorschuss entgegengebracht und war im Grunde bereit, sich mit ihm nach dem Krieg in die Herrschaft über Europa zu teilen. Diese Linie der Politik bestimmte seine Kompromissbereitschaft bis hin zur Aufgabe der polnischen Exilregierung. Dann aber musste er anerkennen, dass er seinerseits die Radikalität und Skrupellosigkeit der kommunistischen Kader unterschätzt hatte. Dass sie aber rein subjektiv gesehen ihre Ethik aus dem Bewußtsein bezogen, Menschheitsideale gegen eine verbrecherische imperialistische und faschistische Welt zu erkämpfen machte einen Dialog und einen Kompromiß zwischen Vertretern beider Ideologien so schwer.

Churchills Widerstand wurde erbittert, als Stalin den Waffenerfolg der Roten Armee zur Sicherung des kommunistischen Machtbereichs und zum Aufbau eines neuen „Cordon sanitaire“, der diesmal gegen den Westen gerichtet war, nutzte. Er hatte die Entwicklung in Ost-Mitteleuropa aus einem anderen Kalkül heraus gesehen, aus einem Kalkül, das seiner Prozent-Aufteilung in dem berühmten „Naughty document“ zu Grunde lag. *Von da an schaukelte sich das gegenseitige Mißtrauen immer weiter hoch, bis zuletzt jeder alle Handlungen des anderen als aggressive Akte verurteilte.*

Natürlich muss Churchills Politik auf der Grundlage der traditionellen britischen Mittelmeerpolitik gesehen werden, die den Status quo zu Gunsten Großbritanniens bewahren wollte. Solange Stalin seine Politik auf die unmittelbar an die Sowjetunion angrenzenden Staaten beschränkte, konnte Churchill das hinnehmen; sobald er aber auf Griechenland und Jugoslawien übergriff, war die britische Stellung im Mittelmeer betroffen – und genau das suchte Churchill durch die

Vereinbarungen vom Oktober 1944 in Moskau zu verhindern, als beide Staatsmänner ihre Einflußzonen festlegten. Stalin kündigte indessen am 19. März 1945 den Freundschafts- und Neutralitätsvertrag mit der Türkei und schloß am 11. April 1945 einen „Freundschafts- und Beistandsvertrag“ mit Jugoslawien. Mit beidem verletzte Stalin seinerseits das britische Sicherheitsbedürfnis, zumal mit der Politik gegenüber der Türkei die Meerengenfrage verknüpft war, in der die britische Regierung schon im 19. Jahrhundert eine eindeutige Haltung bezogen hatte.

Die polnische Frage scheint demgegenüber mehr einen untergeordneten Rang eingenommen zu haben. Auch hier hatte Stalin schon im Juli 1944 mit der Entwaffnung und Internierung von Einheiten der Heimatarmee britische Interessen verletzt, aber die Frage der polnischen Grenzen sah Churchill nicht als so wesentlich an, daß es darüber zur Konfrontation hätte kommen müssen.

Es liegt, vor allem wenn man heutige Maßstäbe der Friedenssicherung zugrundelegt, nahe, einer der beiden Parteien die „Schuld“ am Ausbruch des Kalten Krieges zuzuweisen. Schuld kann es jedoch nur geben, wo geltende Normen verletzt werden. In diesem Sinn verletzte Stalin geltende britische und Churchill geltende sowjetische Normen. Für beide trägt also der jeweils andere die „Schuld“ – eine Feststellung, mit der man in der historischen Bewertung nicht weiter kommt. Eine andere Ebene der Bewertung betrifft die „Verantwortung“, die dann beide für ihren Teil tragen, da sie beide die Sicherheitsinteressen – die für jeden gleichermaßen legitim sind – des anderen verletzt haben. Der Unterschied zwischen den beiden Begriffen Schuld und Verantwortung liegt darin, daß „Schuld“ eine „Strafe“ impliziert, „Verantwortung“ jedoch eine notwendige Konsequenz aus der Erkenntnis des Tuns für die Zukunft. Das gilt für den Kalten Krieg ebenso wie für die Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus.

In diesen Konflikt, der eigentlich ein europäischer Konflikt war, wurden die USA sowohl als stärkste der Siegermächte als auch als Verbündete Großbritanniens hineingezogen, sie teilten aber auch alle Phasen der Fehleinschätzung sowjetischer Politik, bis hin zu den dürftigen Formulierungen des Potsdamer Protokolls. Das Gefühl des Bedroht-Seins seitens der Amerikaner läßt sich unter Umständen vergleichen mit dem entsprechenden Gefühl vor der Erklärung der Unabhängigkeit vom britischen Mutterland 1776, als nicht so sehr die konkreten Einschränkungen amerikanischer Freiheiten im Vordergrund standen. Die sowjetische Politik in Ostmitteleuropa stellte insofern für die Amerikaner eine Bedrohung ihrer Lebensart

dar. Das aber ist ebenso subjektiv wie das britische und das sowjetische Sicherheitsbedürfnis und ebensowenig mit pragmatischen Kriterien zu fassen.

Der Personenkreis, der für die Wende der amerikanischen Außenpolitik vom Isolationismus zum Engagement in Europa für die Ideale von Freiheit und Demokratie verantwortlich zeichnete, kam aus einer Führungselite, die sowohl den Traditionen der amerikanischen Ostküste verhaftet als auch auf Westeuropa und seine Wertvorstellungen ausgerichtet war. Es handelt sich um sechs Männer, von denen drei, Averell Harriman, George F. Kennan und Charles Bohlen die Sowjetunion Stalins aus eigenem Erleben kannten. Ihr Einfluß wuchs, als nach Roosevelts Tod mit Harry S. Truman ein Mann die Präsidentschaft antrat, der auf Rat aus seiner Umgebung angewiesen war. Dean Acheson, zunächst stellvertretender Außenminister Trumans, setzte dabei die Warnungen Kennans, Harrimans und Bohlens um und gilt seitdem als Schöpfer der amerikanischen Nachkriegspolitik mit Truman-Doktrin und Marshall-Plan.

Der Lapsus der Fehleinschätzung konnte in der Zukunft nicht mehr repariert werden, was verhindert werden konnte, war allenfalls ein weiteres Übergreifen auf westliche Positionen. Insofern war also die Politik der Eindämmung (*Containment*) nach der Phase des Appeasement die einzige Alternative zum weiteren Nachgeben. Sie beherrschte dann alle Phasen des Kalten Krieges, der sich wegen der weltpolitischen Ausrichtung der beiden Supermächte nicht mehr auf den europäischen Schauplatz beschränken konnte, sondern mit Raumfahrt und SDI sogar in den Weltraum übergriff und übergreift. Und Deutschland als Treffpunkt der Ideologien wurde zum Austragungsort und zum Sinnbild der Teilung Europas und der Welt.

Die Konsequenz aus dem Kalten Krieg im Sinn eines Hinweises auf die Verantwortung für die Zukunft wird heute, da das kommunistische System zerfallen ist, deutlicher denn je. Marx hatte Kapitalismus und Kommunismus als widerstreitende Thesen gesehen, aus denen der Kommunismus als Auflösung des dialektischen Widerspruches in der Geschichte hervorgehen werde. Er irrte sich schon insofern, als das kapitalistische System aus eigener Kraft die Lösung der Sozialen Frage brachte und die Verelendung der Arbeitermassen verhinderte. Lenin mußte den Antagonismus internationalisieren, indem er den Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus ansah. Später galt dann der Faschismus als dieses höchste Stadium, das dem Zusammenbruch und der proletarischen Revolution unmittelbar vorausgehe. Der Versuch beider Systeme, sich im Kalten Krieg

politisch in die Knie zu zwingen, ist gescheitert und kann aus einer humanistischen Perspektive, die die Freiheit und die gesellschaftliche Selbstverwirklichung des Menschen in den Vordergrund stellt, nur als Irrweg bezeichnet werden, der die Welt an den Rand des Abgrundes brachte.

Nachdem allerdings der in der Sowjetunion verkörperte Kommunismus als Antagonist des Kalten Krieges ausgefallen war, waren die USA mit ihrem traditionellen Feindbild allein gelassen

Der Marxismus war dennoch im dialektischen Sinn ein notwendiges Stadium, indem aus dem Widerstreit zwischen Kapitalismus und Sozialismus die soziale Verantwortung als neue Synthese entstand – in Deutschland mit der Sozialgesetzgebung Bismarcks und der Sozialen Marktwirtschaft, in den USA mit dem „New Deal“ Roosevelts. Diese soziale Verantwortung ist besser als andere Systeme geeignet, die Freiheit des Menschen zu verwirklichen, sie führt die Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit bzw. von Freiheit und Verantwortung weiter. Nur darf der Begriff der Sozialen Verantwortung nicht auf die Soziale Marktwirtschaft eingeengt, in ihr gleichsam institutionalisiert werden, da die Institutionalisierung das Spannungsgefüge des fruchtbaren Nebeneinander aufhebt. Indem sowohl Freiheit als auch Verantwortung einer Institution zugewiesen werden, verlieren sie den Bindungscharakter für die Allgemeinheit.

Ein Beharren auf einem System ist im eigentlichen Sinn reaktionär, weil es Weiterentwicklung verhindert, mehr noch, wenn es bereits Anzeichen des Zerfalls in sich trägt. Das gilt für den schrankenlosen Kapitalismus wie für den orthodoxen Kommunismus gleichermaßen. Die Begriffe „rechts“ und „links“ gewinnen so neue Bedeutung. Ein „linker“ Systemveränderer in der Sowjetunion hätte für den Fortschritt der Menschheit Wesentlicheres leisten können als ein „rechter“ Marxist. Das lineare Rechts-links-Schema muß also revidiert werden, da ein „rechter“ Bolschewik weiter von einem „linken“ Sozialdemokraten entfernt ist als von einem „rechten“ Konservativen. Beharrung und Reformverweigerung, das waren die „rechten“ Kräfte, die unter anderem den kommunistischen Machtblock zu Fall brachten.

Quellen und Literatur